

auf, sich aus dem politischen Geschehen des Inselstaates herauszuhalten. (XNA, 3., 4., 5.4.06; Xinhua, 4., 5.4.06, nach BBC PF, 4., 5.4.06; ST, 28.3., 4., 6.4.06; SCMP, 2., 4., 11., 29.4.06; WSJ, 4.4.06; FT, 6.4.06, S.4; Radio Australia, 26.4.06, nach BBC PF, 26.4.06)

Innenpolitik

Heike Holbig und Katrin Willmann

40. Jahrestag des Beginns der Kulturrevolution – Gründe für und wider das Vergessen

Am 16. Mai jährte sich der formelle Beginn der Kulturrevolution zum vierzigsten Mal. In einem innerparteilichen Dokument vom 16. Mai 1966 hatte das Politbüro der KPCh zum Kampf gegen „Repräsentanten der Bourgeoisie“ aufgerufen, die sich „in die Partei, die Regierung, die Armee und verschiedene Kulturbereiche eingeschlichen“ hätten, und gab damit den Startschuss für die radikalen Säuberungsmaßnahmen und politischen Rupturen der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“. Der Jahrestag war allerdings kein Anlass für offizielle Gedenkaktivitäten oder mediale Auseinandersetzungen mit der Kulturrevolution. Vielmehr wurde jegliche öffentliche Diskussion der Thematik von parteistaatlicher Seite untersagt – nach Einschätzung von Beobachtern mit noch größerer Strenge als etwa vor zehn Jahren anlässlich des 30. Jahrestages.

Laut Hongkonger Berichten waren seit dem Herbst 2005 aus verschiedenen gesell-

schaftlichen Kreisen, darunter auch von Vertretern des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz, zahlreiche Forderungen erhoben worden, den Jahrestag durch offizielle Gedenkaktivitäten zu begehen. Wie die Beijing-kritische Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* berichtete, sollen mehrere Parteiveteranen gefordert haben, ein wissenschaftliches Symposium zum Thema der Kulturrevolution abzuhalten, öffentliche Gedenkstätten zu errichten, Publikationen zur Geschichte der Kulturrevolution zu veröffentlichen und die historische Rolle Mao Zedongs neu zu bewerten.

Entgegen solcher Forderungen soll das Zentralkomitee der KPCh beschlossen haben, auf jegliche offizielle Gedenkaktivitäten zu verzichten. Die ZK-Propagandaabteilung wies im Vorfeld des Jahrestages die Medien des Landes strikt an, das Thema der Kulturrevolution in keiner Weise zu kommentieren. Auch entsprechende Diskussionen im Internet wurden offensichtlich weitgehend erfolgreich unterbunden. Außerdem soll Akademikern angeraten worden sein, sich nicht an internationalen Konferenzen zu dem Thema zu beteiligen. Konkret betraf dies vor allem mehrere Wissenschaftler aus der Volksrepublik, die zur Teilnahme an einem von der Foundation for China in the 21st Century und der New York City University Mitte Mai veranstalteten Symposium mit dem Titel „Historical Truth and Collective Memory“ eingeladen waren.

Die Tabuisierung der öffentlichen Diskussion über die Kulturrevolution wurde von der ZK-Propagandaabteilung damit begründet, dass die KPCh bereits im Jahr 1981

mit der „Resolution zu einigen Fragen in unserer Parteigeschichte seit Gründung der VR China“ eine offizielle Bewertung der Kulturrevolution abgegeben habe. Die Schuld an den Exzessen dieser Periode wurde damals im Wesentlichen der so genannten „Viererbände“ und anderen „Konterrevolutionären“ zugeschrieben, die das persönliche Fehlverhalten Mao Zedongs für ihre eigennützigen Zwecke ausgenutzt hätten (vgl. C.a., 1999/10, S. 1030-1034). Auch, so wurde argumentiert, konzentrierte die Bevölkerung derzeit ihre Energie auf den wirtschaftlichen Aufbau des Landes und sei an einer rückwärts gewandten Beschäftigung mit der historischen Vergangenheit nicht interessiert. Schließlich sollten ideologische und kulturelle Aktivitäten die gesellschaftliche Stabilität fördern, nicht gefährden.

Wie ebenfalls in Hongkonger Medien vermutet wurde, dürften auf parteistaatlicher Seite mehrere Gründe gegen eine öffentliche Aufarbeitung der Kulturrevolution gesprochen haben. So seien die politischen Strukturen kommunistischer Einparteiensherrschaft, die damals die institutionellen Grundlagen für die Kulturrevolution geboten hätten, bis heute im Wesentlichen unverändert. Auch wenn die Vertreter der heutigen parteistaatlichen Führungsgeneration keine persönliche Verantwortung für diese Periode mehr trügen, scheuten sie sich doch vor einer tiefer gehenden Auseinandersetzung mit den Ursachen der Kulturrevolution, die diese politischen Strukturen mehr oder weniger zwangsläufig in Frage stellen müsste. Ein konkreterer Hintergrund der Tabuisierung sei aber auch die laufende Kontroverse um den zukünftigen Reformkurs

des Landes (s. die folgende Dokumentation), in der linksgerichtete Kräfte der Fortsetzung marktwirtschaftlicher Reformen zunehmenden Widerstand entgegengesetzten. Eine öffentliche Thematisierung der Kulturrevolution und vor allem der Rolle Mao Zedongs, der nach wie vor als Ikone linken Gedankenguts gilt, könnte, so wird die Furcht der Parteiführung umschrieben, diesen linksgerichteten Kräften in die Hände spielen und die Kontroverse weiter verschärfen. Schließlich bestehe gerade auch unter sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen eine wachsende Nostalgie für die Person Mao Zedongs und die von ihm dirigierte kulturevolutionären Massenkampagnen. Angesichts des zunehmenden Unmuts dieser Bevölkerungsteile über die Privilegien korrupter Funktionäre und neureicher Unternehmereliten und „Kapitalisten“ sähe die Führung eine gewisse Gefahr, dass durch eine öffentliche Beschäftigung mit der Kulturrevolution kollektive Proteste mobilisiert und die soziale Stabilität gefährdet werden könnten.

Trotz dieser offiziellen Tabuisierung wurden in den zurückliegenden Wochen aber auch andere Stimmen transportiert, die sich für eine gründlichere Aufarbeitung der Kulturrevolution einsetzen. Hierbei handelt es sich vor allem um chinesische Geschichts- und Sozialwissenschaftler und Publizisten, die sich zum Teil intensiv mit der Geschichte der Kulturrevolution auseinandergesetzt haben und die versuchen, sich in akademischen Publikationen, auf Konferenzen oder mittels anderer Netzwerke Gehör zu verschaffen. Zu Wort meldeten sich im Umfeld des 40. Jahrestages etwa mehrere Kulturrevo-

lutionsexperten wie Xu Youyu, Politikwissenschaftler am Institut für Philosophie an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, Huang Nansen, Lou Yulie und Zhao Jiaxiang, Philosophieprofessoren an der Beijing-Universität, Tang Shaojie, Professor an der Beijinger Qinghua-Universität, Zhou Xiaozheng, Soziologieprofessor an der Volksuniversität in Beijing, aber auch Publizisten wie Li Datong – bis Januar 2006 Herausgeber der liberalen Wochenzeitung *Bingdian* (*Gefrierpunkt*) (C.a., 2/2006, S. 106-109) oder Li Zhuang, früherer Chefredakteur der *Renmin Ribao* (*Volkszeitung*).

Entgegen dem angeblichen Desinteresse der Bevölkerung an einer Auseinandersetzung mit historischen Themen argumentieren sie, dass die Reformpolitik eine direkte Folge der Kulturrevolution sei und die Mentalitäten und Werteorientierungen der gegenwärtigen chinesischen Gesellschaft ohne ein Verständnis der Kulturrevolution nicht zu verstehen sei. Die zehnjährige Periode zwischen 1966 und 1976 aus dem kollektiven Gedächtnis der nachfolgenden Generationen einfach auszublenden, berge erhebliche soziale und psychologische Risiken. Auch könne nicht gerechtfertigt werden, dass die VR China von Japan eine aufrichtige Auseinandersetzung mit dessen imperialistischer Vergangenheit verlange, wenn in China selbst eine Aufarbeitung der eigenen jüngeren Vergangenheit verhindert würde. Im Hinblick auf das Risiko einer Mobilisierung sozialer Proteste durch eine womöglich öffentlich transportierte Kulturrevolutionsnostalgie argumentierte Xu Youyu, dass eine Tabuisierung der Thematik genau die falsche Vorgehensweise sei, da sie zu falschen, oft

verklärten Interpretationen der Geschichte führe. Vielmehr müsse durch eine offene Auseinandersetzung mit den politischen Hintergründen der Kulturrevolution klar herausgestellt werden, dass die groß angelegten Massenbewegungen jener Periode nichts anderes darstellten als eine gezielte Instrumentalisierung der „Massen“ für die machtpolitischen Interessen einer kleinen Elite.

Bewegung ist im zeitlichen Umfeld des Jahrestages auch in die Debatte um die Errichtung eines Kulturrevolutionsmuseums gekommen. Nachdem sich der im Oktober 2005 verstorbene Schriftsteller Ba Jin seit Mitte der 1980er Jahre vergeblich für ein solches Museum eingesetzt hatte, haben 48 Wissenschaftler und Schriftsteller im März 2006 eine Eingabe an die Politische Konsultativkonferenz gerichtet, in der sie Ba Jins Forderung aufnahmen. Sie argumentierten, dass die jüngere Generation bereits heute kaum mehr über die Zeit der Kulturrevolution informiert sei, und dass ohne eine aktive Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit dem Thema die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, technologischen, geistigen und moralischen Folgen dieser Phase vollends in Vergessenheit zu geraten drohten. China solle sich im Umgang mit seiner eigenen jüngeren Geschichte ein Beispiel an Deutschland – nicht an Japan – nehmen, so hieß es in der Eingabe. Offenbar in Reaktion auf derartige Forderungen aus dem In-, aber auch aus dem Ausland, äußerte ein Sprecher des Kultusministeriums Ende Mai, dass man der Sammlung von Relikten der Kulturrevolution durchaus Bedeutung beimesse und dass landesweit bereits zahlreiche Museen mit der Aufbereitung entsprechender Samm-

lungen befasst seien. Konkrete Hinweise auf die Errichtung eines nationalen Kulturrevolutionsmuseums gab er allerdings nicht. (*Ming Pao*, 14., 15.5.06, nach BBC PF, 16., 17.5.06; *Zhongguo Tongxun She*, 12.4.06, nach BBC PF, 14.4.06; *SCMP*, 13.3., 15., 16., 26.5.06; *ST*, 17., 19.5.06; *Xinhua*, 25.5.06; *Zhengming*, 5/2006, S. 8/9) -hol-

Verschärfte Kontroverse um zukünftigen Reformkurs

Die innerchinesische Debatte über den weiteren wirtschaftlichen und politischen Reformkurs, deren Konturen anlässlich der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März 2006 deutlich hervorgetreten waren (vgl. C.a., 02/2006, S. 51-59), hat in den vergangenen Wochen einen schärferen Tonfall angenommen und scheint innerhalb der KPCh zu einer zunehmenden Polarisierung zu führen.

Anfang April fand sich auf dem Huayue-Forum, einer linksgerichteten Internetseite, eine unautorisierte Veröffentlichung und kritische Kommentierung von Redebeiträgen verschiedener liberaler Intellektueller während eines nichtöffentlichen Symposiums zum Thema „Chinas Volkswirtschaft und der weitere Reformkurs“ wieder, das Anfang März in Beijing stattfand. Veranstalter des Symposiums, an dem rund 40 Akademiker teilnahmen, war die Chinesische Forschungsgesellschaft für wirtschaftliche Strukturreform, ein Think Tank des Staatsrats. Nachdem auf dem Huayue-Forum zahlreiche unautorisierte Exzerpte der Konferenzbeiträge publiziert worden waren, entschloss sich der Veranstalter zu einer

nachträglichen offiziellen Veröffentlichung aller Beiträge. Verschiedene politisch sensitive Passagen, die in der Version des Huayue-Forums besonders scharfe Kritik auf sich gezogen hatten, waren darin allerdings nicht enthalten. Es bleibt unklar, ob es sich bei diesen sensitiven Passagen, die in der Folge auf zahlreichen anderen Internetseiten rezipiert wurden, tatsächlich um Originalausagen der betreffenden Intellektuellen handelt oder ob sie ihnen zu publizistischen Zwecken von ihren Kritikern in den Mund gelegt wurden. In jedem Fall zeigt die Kontroverse die unmittelbare politische Brisanz der ursprünglich auf den wirtschaftlichen Reformkurs fokussierten Konferenzthematik.

Auf der Webseite des Huayue-Forums zitiert wurde etwa Li Shuguang, stellvertretender Präsident der Chinesischen Universität für Politik und Recht in Beijing. Dieser soll auf dem Symposium geäußert haben, dass die Wirtschaftsreform an ihrem Ende angelangt sei. Es sei nun an der Zeit, die Reform im Sinn einer umfassenden Reform des Rechtssystems und der übergreifenden politischen und gesellschaftlichen Strukturen neu zu definieren. Gao Shangquan, der Präsident der Chinesischen Forschungsgesellschaft für wirtschaftliche Strukturreform, soll für eine Intensivierung der marktwirtschaftlichen Reformen geworben haben, die erst bei vollständiger und konsequenter Durchsetzung den erwarteten Erfolg erzielen könnten. Dabei sei allerdings darauf zu achten, dass die Privatisierung etwa im Immobilien-, Gesundheits- und Bildungsbereich nicht weiter zu Lasten der einfachen Bevölkerung gehe.

Das größte Aufsehen erregten allerdings mehrere Aussagen, die He Weifang, einem prominenten Rechtsprofessor an der Beijing-Universität, zugeordnet wurden. Unter anderem soll er das „Chaos in den Machtstrukturen“ beklagt haben, das die weiteren Reformen behindere. Das Verhältnis der KPCh zur Legislative, zur Justiz und zur Regierung entbehre jeglicher konstitutioneller und gesetzlicher Grundlage. Weder für die administrative Registrierung der KPCh als Partei noch für ihre politische Machtausübung gebe es klare formalrechtliche Regelungen. Angesichts dieses bedenklichen Zustands habe er dringende politische Reformen angemahnt, darunter die Zulassung eines Mehrparteiensystems, die Gewährleistung von Pressefreiheit und die Abschaffung der militärischen Befehlsgewalt der KPCh. Wörtlich soll er außerdem den „klaren Wunsch“ geäußert haben, dass sich „die Kommunistische Partei in zwei Parteien spaltet“, ohne allerdings weiter auszuführen, entlang welcher Trennlinie sich eine solche Spaltung vollziehen könne oder solle.

Vertreter linksgerichteter Positionen nahmen diese und andere Aussagen zum Anlass für eine scharfe Attacke gegen die „rechtsliberale Elite“, die sich in ihren Augen gegenwärtig formiere. Den Konferenzteilnehmern wurde vorgeworfen, die strukturellen und ideellen Grundlagen des sozialistischen Systems wie etwa das öffentliche Eigentum oder die ideologischen Grundprinzipien der KPCh zu verraten. Das von der Chinesischen Forschungsgesellschaft für wirtschaftliche Strukturreform veranstaltete Symposium sei Ausdruck politischen Sektierertums so genannter Main-

stream-Ökonomen, die sich dem Dialog mit Vertretern alternativer Positionen verweigerten und glaubten, den weiteren Reformkurs im Alleingang diktieren zu können. Ein Autor des Huayue-Forums erkannte in dem Symposium gar die Keimzelle einer politischen „Schattenpartei“, die noch nicht formal registriert sei, aber faktisch bereits existiere. Sie sei angetreten, um im Namen der Reform die Partei zu spalten und das politische System zu untergraben. Interessant erscheint vor allem auch der Vorwurf, die „Mainstream“-Vertreter zögen aus der Unterstützung durch die Regierung einseitige Vorteile, offenbar eine Anspielung auf die Plädoyers für eine Fortsetzung der marktwirtschaftlichen Reformen, die Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao im zeitlichen Umfeld der jüngsten NVK-Jahrestagung abgegeben hatten (vgl. *ibid.*)

In Interviews mit Hongkonger Journalisten verwahrten sich He Weifang und andere liberale Vertreter gegen die Attacken aus linksgerichteten Kreisen. Sie beklagten den „kulturrevolutionären Kritikstil“, der inzwischen Einzug in die Debatte gehalten habe. Bezüglich des Vorwurfs einer Spaltung der Partei und Subversion des politischen Systems entgegnete He Weifang, dass Akademiker keinen ausreichenden Einfluss hätten, um eine solche politische Wirkung zu erzielen. Auch bestritt er jegliche Einwirkung bzw. Druckausübung „von oben“.

Trotz solcher Beschwichtigungen, dass es sich um eine rein akademische Debatte handle, macht die jüngste Kontroverse die zunehmende Polarisierung zwischen „linken“ und „rechten“ Positionen deutlich, die

in wachsendem Maße auch eine politische Dimension anzunehmen scheint. Gerüchte über eine mögliche Spaltung der KPCh wurden weiter genährt, als die Hongkonger *Apple Daily* (*P'ing-Kuo Rib-Pao*) am 12. April einen Artikel Jiao Guobiaos veröffentlichte, des ehemaligen Journalistik-Professors an der Beijing-Universität, der im Frühjahr 2004 eine Streitschrift gegen die Propagandaabteilung der KPCh verfasst hatte (vgl. C.a., 5/2004, S. 500-515). Darin behauptete Jiao, dass Li Ruihuan, bis zum Jahr 2002 Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KPCh und Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz, sowohl qualifiziert als auch bereit sei, die Führung bei der Gründung einer neuen Partei zu übernehmen. Inwieweit derartige Spekulationen einen stichhaltigen Hintergrund haben, kann vorerst nicht beurteilt werden. (www.huayue.org; WSJ, 6.4.06; *Ming Pao*, 9.4.06, nach BBC PF11.4.06; SCMP, 9., 13.4.06, *Sunday Morning Post*, 9.4.06; *P'ing-Kuo Jih-Pao*, 8., 12.4.06, nach BBC PF, 11., 13.4.06) -hol-

Neubesetzungen lokaler Führungspositionen im Vorfeld des XVII. KPCh-Parteitag

In Vorbereitung auf den XVII. Parteitag der KPCh, der für den Herbst 2007 anberaumt ist, werden in der zweiten Jahreshälfte 2006 und in der ersten Jahreshälfte 2007 neue Parteikomitees auf Provinz-, Bezirks-, Kreis- und Gemeindeebene gebildet werden. In diesem Zusammenhang stehen rund 100.000 lokale Führungspositionen zur Neubesetzung an. Insbesondere auf Provinzebene sind die

Personalentscheidungen von Relevanz für die Besetzung des im Herbst 2007 neu zu konstituierenden Zentralkomitees der KPCh, von dem ein relativ großer Teil ausgetauscht werden dürfte. Waren beim letzten KPCh-Parteitag im Herbst 2002 noch zahlreiche ZK-Vertreter aus der Ära Jiang Zemin in dem Gremium verblieben, wird nun erwartet, dass Angehörige der Netzwerke um den neuen Parteichef Hu Jintao in größerer Zahl ins ZK nachrücken werden.

Im Hinblick auf die bevorstehenden personellen Änderungen auf lokaler Ebene hat die ZK-Organisationsabteilung der KPCh im April und Mai 2006 die Evaluierungskriterien für lokale Führungskader weiter spezifiziert (vgl. C.a., 2/2006, S. 105-106). Explizit gewarnt wurde dabei vor Korruption, Ämterhandel und anderen Verstößen gegen die Parteidisziplin. Um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, an der Aufdeckung entsprechender Verstöße mitzuwirken, wurde eine zentrale Telefon-Hotline eingerichtet. Auch vor faktionalistischem Verhalten wurde explizit gewarnt, ein Aspekt, der vor dem Hintergrund der laufenden Debatte um den zukünftigen Reformkurs und Spekulationen über eine mögliche Spaltung der KPCh besondere Brisanz erhält (s. voranstehende Dokumentation). Nachzuweisen haben Anwärter auf lokale Parteiführungsämter ihre Kenntnis des Parteistatuts und anderer KPCh-Regularien, der jüngsten parteipolitischen Programme und ideologischen Kampagnen. Einen besonderen Stellenwert hat dabei das jüngst von Hu Jintao persönlich vorgestellte „sozialistische Konzept von Ruhm und Schande“, das sich ebenfalls gegen negative Erscheinungen wie Korrupti-

on und Dekadenz richtet (s. C.a., 2/2006, S. 51-59).

Im Zentrum machtpolitischer Spekulationen steht weiterhin das Amt des Parteisekretärs der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai, das seit Oktober 2002 von Chen Liangyu bekleidet wird. Seit über einem Jahr kursieren stabile Gerüchte, wonach Hu Jintao bestrebt sei, Chen Liangyu, der der so genannten „Shanghai-Clique“ um Jiang Zemin zugeordnet wird, abzusetzen, nachdem dieser sich im Sommer 2004 mit Ministerpräsident Wen Jiabao in Fragen der Wirtschaftspolitik überworfen haben soll (vgl. C.a., 7/2004, Ü 8). Wie nun in den zurückliegenden Wochen mehreren Hongkonger Medien zu entnehmen war, soll die Shanghaier Parteispitze sich im Kontext der NVK-Jahrestagung im März 2006 dem KPCh-Generalsekretär explizit untergeordnet und Chen Liangyu sich damit Hu Jintaos politischer Führung gefügt haben. Zur jüngsten „Rehabilitierung“ Chen Liangyus soll Wu Bangguo, Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses, der selbst ebenfalls der „Shanghai-Clique“ zugerechnet wird, beigetragen haben. Bei einem Besuch Shanghais im April 2006 lobte er explizit die „gewissenhafte Umsetzung“ zentralstaatlicher Politik in der Stadt und die „positive geistige Einstellung“ der Shanghaier Führung. Auch der frühere KPCh-Generalsekretär Jiang Zemin zeigte sich anlässlich des 110. Jahrestages der Gründung seiner Alma Mater, der Shanghaier Jiaotong-Universität, im April persönlich an der Seite Chen Liangyus, der ihn bei den offiziellen Feierlichkeiten begleitete. Hongkonger Kommentatoren werteten diese Signale als Hinweis darauf, dass der 60-jähri-

ge Chen seine Ämter als Shanghaier Parteisekretär und Politbüromitglied doch über das Jahr 2007 hinaus behalten könnte. (RM-RB, 31.3., 15.5.06; Xinhua, 27.4.06; XNA, 16., 18., 26., 30.5.06; *Ming Pao*, 8., 24.4.06, nach BBC PF, 10., 28.4.06; *P'ing-Kuo Jih-Pao*, 9.4.06, nach BBC PF, 6.5.06; Zhongguo Tongxun She, 17.5.06, nach BBC PF, 18.5.06; SCMP, 12.4.06; FAZ, 5.4.06) -hol-

Zwischenbilanz der neuen umfassenden Antikorruptionskampagne

Zu Beginn des Jahres 2006 hatte die Disziplinarkontrollkommission des ZK eine neue Antikorruptionskampagne initiiert, die auf korrupte staatliche Bedienstete in all den Bereichen ausgerichtet ist, in denen die Bevölkerung direkt von den Auswüchsen der Korruption betroffen ist. Im Blickpunkt stehen dabei der Bausektor, der Bereich Stadt- und Landentwicklung, der Gesundheitssektor, der Bankensektor sowie die staatliche Auftragsvergabe allgemein. Ein weiterer Schwerpunkt im Antikorruptionskampf wurde von der parteistaatlichen Führung zu Beginn des Jahres 2006 auf die Wirtschaftskorruption gelegt. Seither wurden erste Erfolge und Ansätze zur Umsetzung in den einzelnen staatlichen Sektoren, aber auch im privaten Unternehmenssektor gemeldet.

So wurde Ende Mai 2006 der frühere stellvertretende Vorsitzende des Staatsbetriebs China Petroleum and Chemical Corporation (Sinopec) Daming, Li Rongxing, von einem Gericht in Tai'an (Provinz Shandong) wegen Veruntreuung von Staatsgeldern zum Tode mit zweijährigem Vollstre-

ckungsaufschub verurteilt. Wegen des Vorwurfs der Bestechlichkeit erhielt er zusätzlich eine lebenslange Haftstrafe. Zwischen 1994 und 2004 hatte Li 36,98 Mio. RMB unterschlagen und 4,83 Mio. RMB Bestechungsgelder angenommen.

Ende April 2006 ist der frühere Präsident des Privatkonzerns D'Long, Tang Wanxin, von einem Gericht in Wuhan (Provinz Hubei) zu einer Haftstrafe von achteinhalb Jahren verurteilt worden. Gemeinsam mit weiteren Managern der D'Long-Gruppe soll Tang seit 1997 rund 10 Mrd. RMB veruntreut haben. Ferner machte er sich der Börsenmanipulation schuldig. Sechs weitere hochrangige Mitarbeiter wurden ebenso zu Haftstrafen und Strafzahlungen verurteilt. Die Aktivitäten der D'Long-Gruppe reichen von Düngemitteln über Automobile bis hin zu Immobilien. Im Jahr 2004 machte die sanierungsbedürftige D'Long-Gruppe Schlagzeilen, als bekannt wurde, dass sie als erster Privatkonzern von einer staatlichen Auffangesellschaft für faule Kredite durch die Übernahme und Restrukturierung von Schulden unterstützt werden würde (vgl. C.a., 8/2004, Ü 23).

Ferner meldete die staatliche Nachrichtagentur Xinhua, dass das Gesundheitsministerium im April dieses Jahres eine eigene Arbeitsgruppe einrichtete und eine Hotline sowie eine E-Mail-Adresse für Informanten schaltete, um im staatlichen Gesundheitssektor die nationalen Richtlinien und Strategien effektiver im Kampf gegen Korruption umsetzen zu können.

Seitdem der Ständige Ausschuss des NVK im Oktober 2005 die UN-Konvention gegen Korruption unterzeichnete und sich

um die Repatriierung von ins westliche Ausland geflohenen Korruptionsverdächtigen aus dem Staatsdienst bemüht, konnte im Berichtszeitraum April bis Mai 2006 auch bei diesem Bestandteil des staatlichen Antikorruptionskampfes ein großer Erfolg erzielt werden (vgl. C.a., 6/2005, Dok 6). Yu Zhen-dong, Chef der Bank of China in Kaiping in der südchinesischen Provinz Guangdong, war im Jahr 2001 in die USA geflohen und dort im Februar 2004 wegen Geldwäsche und Einreisebetrugs zu einer Gefängnisstrafe von 144 Monaten verurteilt worden. Im April 2004 wurde er unter der Prämisse, nicht zum Tode verurteilt zu werden, wieder in die VR China überführt. Im April 2006 folgte dann die Verurteilung Yus durch ein Gericht in Jiangmen (Provinz Guangdong) zu einer Haftstrafe von 12 Jahren und der Zahlung von 1 Mio. RMB wegen der Veruntreuung öffentlicher Gelder.

Wie das Ministerium für öffentliche Sicherheit Ende Mai bekannt gab, wurden im vergangenen Jahr 53 der Wirtschaftskriminalität Verdächtige repatriiert. Als Beweis der steten Bemühungen um Auslieferungen aus dem Ausland unterzeichnete die chinesische Regierung im April dieses Jahres einen Auslieferungsvertrag mit Spanien. Auch dieser Vertrag kam allerdings nur unter der Bedingung zustande, dass den ausgelieferten Straffälligen in China keine Todesstrafen drohen. (*Hong Kong Economic Journal*, 20.1.06, nach BBC PF, 16.2.06; Xinhua, 24.2., 26.5.06, nach BBC PF, 25.2., 30.5.06; XNA, 11., 30.4., 29.5.06; FAZ, 2.5.06; ST, 24.5.06; SCMP, 18.5.06) -kw-

Gerichtsverfahren gegen mehrere Internetautoren und Journalisten

Im April und Mai standen mehrere chinesische Internetautoren wegen schwerwiegender Subversions- und anderer Vorwürfe vor Gericht. Die jüngste Häufung von Gerichtsverfahren dürfte Folge des Umstands sein, dass die chinesischen Behörden in den vorangegangenen Monaten entsprechende Verfahren bewusst aufgeschoben oder ausgesetzt hatten, um im Vorfeld der USA-Reise Hu Jintaos Konflikte im sensiblen Bereich der Pressefreiheit zu vermeiden. Folgende Fälle wurden in den zurückliegenden Wochen durch internationale Medienberichterstattung bekannt:

- Mitte Mai wurde Yang Tianshui von einem Gericht der Provinz Jiangsu zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Dem 45-Jährigen, der sich seit Dezember 2005 in Haft befindet, war vorgeworfen worden, auf überseeischen Internetseiten subversive Artikel verbreitet zu haben, ausländische Geldmittel angenommen und die Gründung einer Oppositionspartei verfolgt zu haben. In verschiedenen im Internet veröffentlichten Texten soll Yang eine nach der „samtenen Revolution“ in Tschechien benannte Gruppe „Samtene Bewegung Chinas“ unterstützt haben, die freie Wahlen in der Volksrepublik fordert. Das harte Urteil gegen Yang Tianshui begründete das Gericht damit, dass er bereits wegen seiner Kritik an der Niederschlagung der Demokratiebewegung des Jahres 1989 eine zehnjährige Haftstrafe verbüßt habe und somit als Wiederholungstäter gelte.
- Gegen Li Jianping, ebenfalls ein Veteran der Tiananmen-Proteste von 1989, der bereits im Mai 2005 verhaftet worden war, wurde Anfang April in der Provinz Shandong ein Gerichtsverfahren eröffnet. Auch ihm wird vorgeworfen, subversive Beiträge auf in- und ausländischen Internetseiten (darunter eine Seite der Falungong-Bewegung) veröffentlicht zu haben. Unter anderem soll er darin den autokratischen Führungsstil Mao Zedongs und die mangelnde Pressefreiheit in der VR China kritisiert sowie mehr Demokratie gefordert haben. Mehrere internationale Journalistenvereinigungen haben sich für seine Freilassung eingesetzt, doch steht zu befürchten, dass auch den 40-jährigen Li Jianping eine mehrjährige Haftstrafe erwartet.
- Anfang Mai wurde von einem Gericht in der Provinz Guizhou gegen Li Yuanlong ein Verfahren eröffnet. Li Yuanlong, Berichterstatter einer lokalen Tageszeitung, wurde ebenfalls der Subversion angeklagt, nachdem er im Internet regierungskritische Artikel verbreitet haben soll.
- Den vor einem Gericht in der Provinz Hunan angeklagten Journalisten Yang Xiaoqing, der im Januar 2006 verhaftet worden war, erwartet ein Urteil wegen angeblicher Erpressung. Er war von einem lokalen Parteifunktionär angeklagt worden, nachdem er als Berichterstatter einer staatlichen Wirtschaftszeitung diesen in einem Artikel bezichtigt

hatte, staatliches Vermögen veruntreut zu haben. Yang weist den Vorwurf der Erpressung zurück, den der Kläger aus Rache gegen die an ihm geübte Kritik fingiert habe.

- Für internationale Kritik sorgte der justizielle Umgang mit Zhao Yan, einem früheren Mitarbeiter der *New York Times*, der im September 2004 verhaftet und wegen Verrats von Staatsgeheimnissen an Ausländer angeklagt worden war. Anlass war ein Vorab-Bericht über den damals bevorstehenden Rücktritt Jiang Zemens von seinem Amt als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission gewesen, der als Veruntreuung von parteiinternen und damit klassifizierten Informationen gewertet wurde (C.a., 9/2004, Ü 10). Nach eineinhalbjähriger Haft wurde im März 2006 im Vorfeld der USA-Reise Hu Jintaos das Gerichtsverfahren gegen den 44-Jährigen überraschend fallen gelassen. Beobachter hofften, dass dieser Schritt die baldige Freilassung Zhaos signalisiere, für den sich Präsident Bush mehrfach persönlich eingesetzt hatte. Wider Erwarten wurde Zhao aber nicht aus der Haft entlassen, vielmehr wurde Mitte April – angeblich auf Veranlassung aus höchsten Parteikreisen – das Verfahren gegen ihn wieder aufgenommen. Sein Rechtsanwalt kritisierte diesen Schritt als gesetzeswidrig, da die Wiederaufnahme eines Falls nur bei neuer Beweislage möglich sei, in Zhaos Fall aber dieselben Vorwürfe ins Feld geführt würden wie bei der ursprünglichen Anklage.

Von offizieller Seite erging dazu bislang keine Stellungnahme. Es wird befürchtet, dass auch Zhao Yan eine mindestens zehnjährige Haftstrafe drohen könnte.

(WSJ, 5., 13., 18.4., 17.5.06; ST, 11.5.06; SCMP, 12., 16., 18.5.06; *P'ing-Kuo Jih-Pao*, 15.5.06, nach BBC PF, 16.5.06; IHT, 18.4.06; NZZ, 17.5.06) -hol-

Neuerliche Gewaltkonflikte in Guangdong

Die südostchinesische Provinz Guangdong ist im April erneut zum Schauplatz von Gewaltkonflikten zwischen ländlicher Bevölkerung und staatlichen Sicherheitskräften geworden.

Wie Hongkonger Medien berichteten, kam es Anfang April in dem Dorf Ditian in der Präfektur Foshan zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen bis zu 2.000 Bauern und mehreren hundert Polizisten. Die Bauern hatten gegen die Enteignung von rund 200 Hektar Agrarland protestiert, für die sie Mitglieder der Dorfgemeinschaft verantwortlich machten. Diese hätten das Land Ende der 1990er Jahre für den Bau einer Industriezone beansprucht, den Bauern dafür aber zu niedrige Kompensationszahlungen angeboten. Die Protestierenden forderten nun von der Dorfgemeinschaft, entweder Nachtragszahlungen zu leisten oder das enteignete Land zurückzuerstatten. Bei den gewaltsamen Ausschreitungen kam es in diesem Fall nur zu Materialschäden; die Sicherheitskräfte setzten mehr als zehn Demonstranten fest.

Gravierendere Personenverletzungen resultierten aus einem Gewaltkonflikt, der sich wenige Tage später in dem Dorf Bomei in der Präfektur Shantou ereignete. Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen bis zu 5.000 Dorfbewohnern und bis zu 3.000 Sicherheitsmilizen sollen mindestens zehn Personen verletzt worden sein, davon drei schwer. Meldungen, wonach eine 30-jährige Frau infolge des Polizeieinsatzes zu Tode gekommen sein soll, wurden nicht eindeutig bestätigt. Der Anlass für den Konflikt war in diesem Fall der behördlich angeordnete Abriss einer Bewässerungsanlage, die von den Dorfbewohnern zur Behebung notorischen Wassermangels im Herbst 2005 in Eigenleistung finanziert und errichtet worden war. Nachdem der Bau der Bewässerungsanlage zu Konflikten mit den Bewohnern eines benachbarten Dorfes geführt hatte, wurde sie von behördlicher Seite für illegal erklärt und die Dorfbewohner wurden aufgefordert, die Anlage selbst rückzubauen. Da sich diese weigerten, der Anordnung nachzukommen, sprengten Sicherheitskräfte am 11. April eine der beiden Schleusen der Bewässerungsanlage und provozierten damit eine Gewalteskalation des Konflikts. Während die Sicherheitskräfte mit Tränengas gegen die Protestierenden voringen, setzten diese Steine und selbstgefertigte Waffen, darunter auch Molotow-Cocktails, ein. Auch hier nahmen die Sicherheitskräfte mehrere Demonstranten fest; zudem sollen mehrere Journalisten, darunter Korrespondenten von Hongkonger Medien, festgehalten worden sein. Unbestätigten Angaben zufolge sollen die aufgebrachten Protestierenden im Zuge der Auseinandersetzungen drei lokale

Funktionäre entführt und diese vorübergehend als Geiseln festgehalten haben.

Seit der zweiten Jahreshälfte 2005 haben sich Meldungen über ländliche Gewaltkonflikte in der Provinz Guangdong stark gehäuft – unklar ist dabei, ob in der Provinz tatsächlich ein überdurchschnittlich hohes Unruhepotenzial besteht oder ob die geographische Nähe zur Sonderverwaltungsregion Hongkong eine erhöhte Berichtsintensität durch Hongkonger Korrespondenten bedingt. Nationale und internationale Aufmerksamkeit zogen insbesondere Gewaltkonflikte im Dorf Taishi (Kreis Panyu) im September 2005, im Dorf Dongzhou (Präfektur Shanwei) im Dezember 2005 und im Dorf Panlong (Präfektur Zhongshan) im Januar 2006 auf sich. In allen Fällen wurden bei gewaltsamen Zusammenstößen mit Polizeikräften zahlreiche Zivilisten verletzt; in Dongzhou wurden unterschiedlichen Angaben zu Folge zwischen 3 und 30 Todesopfer unter den protestierenden Bauern verzeichnet. Anlass für die Ausschreitungen waren jeweils Konflikte um Missbrauch bei der Vergabe von Landnutzungsrechten, illegale Zwangsenteignungen landwirtschaftlicher Nutzflächen bzw. inadäquate Kompensationszahlungen an die betroffenen Bauern (C.a., 6/2005, Dok 10, 1/2006, S. 109-111).

Zhang Dejiang, Parteisekretär der Provinz Guangdong und Politbüromitglied, der im Februar 2006 wegen der gehäuften Gewaltkonflikte in die Kritik der Parteiführung gekommen war (C.a. 2/2006, S. 110-112), rief alle lokalen Führungskader der Provinz dazu auf, Konflikte mit der ländlichen Bevölkerung möglichst zügig zu lösen und den legitimen Interessen der Be-

völkerung Geltung zu verschaffen. Angesichts der zahlreichen Konflikte um illegale Zwangsent eignungen von Agrarland hatte der Provinzpartei sekretär Anfang 2006 außerdem angeordnet, dass öffentliche Bauvorhaben nach Landenteignungen erst beginnen dürften, wenn die Überschreibung der Landnutzungsrechte abgeschlossen und die betroffenen Bauern adäquate Kompensationszahlungen erhalten hätten. Angesichts der nach wie vor nichtvollständig geklärten Gesetzeslage auf diesem Gebiet dürften solche Appelle weitgehend ungehört verhallen.

Wie verschiedene statistische Erhebungen zeigen, haben illegale Zwangsent eignungen von Land in den vergangenen Jahren signifikant zugenommen. Aus dem Ministerium für Bodenverwaltung und natürliche Ressourcen verlauteten im April 2005 Zahlen, wonach zwischen 1999 und 2005 über 1 Mio. Fälle illegaler Landnutzung bekannt geworden seien. Betroffen sei eine Gesamtfläche von rund 330.000 Hektar Land – 20% mehr als die im Jahr 2004 landesweit für neue Bauvorhaben ausgewiesene Fläche. Vor allem Bauern seien die Leidtragenden. Eine Studie zum Problem ländlicher Zwangsent eignungen, die im vergangenen Jahr gemeinsam von der Beijinger Volksuniversität und der Michigan State University durch Umfragen unter ländlichen Haushalten in 17 chinesischen Provinzen durchgeführt worden war, kam ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die Zahl der Fälle in den zurückliegenden zehn Jahren um das 15fache gestiegen sei. Zwar existierten inzwischen auf nationaler und lokaler Ebene zahlreiche Regularien zur Behebung des Problems, doch gebe es große Probleme bei deren Umset-

zung. (SCMP, 10., 13., 14., 17.4., 6.5.06; *Ming Pao*, 9., 13., 14.4.06, nach BBC PF, 13., 14., 16.4.06; *P'ing-Kuo Jih-Pao*, 8.4.06, nach BBC PF, 9.4.06; WSJ, 13.4., 5.5.06; ST, 14.4.06; ST, 14.4.06) -hol-

Bischofsweihen führen zu erster Konfrontation zwischen Beijing und dem Vatikan unter neuem Pontifikat

Mit dem Amtsantritt Papst Benedikts XVI. im April 2005 war bislang die Hoffnung auf eine Entspannung der chinesisch-vatikanischen Beziehungen verbunden gewesen (vgl. C.a., 5/2005, Ü 18). Diese Zuversicht wurde allerdings im Frühjahr 2006 gedämpft. Als Anlass für die erneute Konfrontation diente die Ernennung von Bischöfen und eines Kardinals. Die chinesische Seite stieß sich an einer Personalie, die vatikanische Seite an der fehlenden Berechtigung zur Ordination von Bischöfen durch die VR China.

So ernannte Papst Benedikt XVI. im Februar dieses Jahres den Hongkonger Bischof Joseph Zen zum Kardinal. Zen gilt als vehementer Befürworter einer weiteren Demokratisierung der Sonderverwaltungsregion und ist als Unterstützer der festlandchinesischen katholischen Untergrundkirche bekannt. Für ernsthafte Verstimmungen auf der vatikanischen Seite sorgte am 30. April 2006 die Ernennung von Ma Yinling zum Bischof von Kunming in der südwestchinesischen Provinz Yunnan durch die Patriotische Katholische Vereinigung Chinas, weil sie ohne Zustimmung des Papstes erfolgte. Nur wenige Tage später folgte am 3. Mai die Berufung von Liu Xinhong zum Bischof

von Wuhu in der ostchinesischen Provinz Anhui, ebenfalls ohne vatikanische Zustimmung.

Der Sprecher des Vatikans, Joaquin Navarro-Valls, verwies mittels eines Zitats aus dem kanonischen Recht auf eine automatische Exkommunikation der von China unerlaubt geweihten Bischöfe und brachte damit zunächst das päpstliche Missfallen deutlich zum Ausdruck. Später relativierte der Vatikan seine scharfe Reaktion, indem er lediglich die schwerwiegende Verletzung der Religionsfreiheit und die Unterminierung der Einheit der Römisch-Katholischen Kirche betonte. Die Katholische Patriotische Vereinigung Chinas verwies auf die Vorbedingung diplomatischer Beziehungen zwischen der Regierung der VR China und dem Vatikan, bevor interne kirchliche Angelegenheiten geregelt werden könnten. Dazu müssten zunächst die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und Taiwan abgebrochen werden. Bis dahin verwehre die chinesische Regierung Eingriffe in interne Angelegenheiten. Gleichzeitig ließ sie aber den Willen zu weiteren Gesprächen erkennen (siehe auch Dokumentation „Neue Provokationen Chinas gegenüber dem Vatikan“).

Seit die von der KPCh gebilligte und kontrollierte Katholische Patriotische Vereinigung Chinas im Jahr 1958 mit der Praxis begann, Bischöfe ohne vorherige Zustimmung des Papstes zu ernennen, entzündeten sich an diesem Vorgehen immer wieder Dispute zwischen dem Vatikan und der chinesischen Regierung. Zu einer Annäherung war es gekommen, nachdem Papst Johannes Paul II. sich im Oktober 2001 für die

Fehler, die einige katholische Missionare in der Ära des Kolonialismus gegenüber Chinesen begangen hatten, entschuldigt hatte (vgl. C.a., 10/2001, Ü 7). In den vergangenen beiden Jahren waren sogar vier Bischöfe mit beiderseitigem Einverständnis geweiht worden (vgl. C.a. 5/2005, Ü 18). Wenngleich die jüngsten Bischofsordinationen zu erneuten Verstimmungen geführt haben und mit einer Fortführung dieser Praxis zu rechnen ist, so wurde durch die deeskalierende Haltung doch deutlich, dass beide Seiten trotzdem weiterhin an einer Vertiefung und Verbesserung der Beziehungen interessiert sind. (SCMP, 6., 7., 17.5.06; XNA, 12.5.06; MB, 25.5.06, nach BBC PF, 27.5.06; *Wen Wei Po*, 17.5.06, nach BBC PF, 19.5.06; FAZ, 12.5.06; ST, 6.5.06) -kw-

Weltbuddhistenkongress zwischen religiösen und politischen Ansprüchen

Als Zeichen eines wachsenden religiösen Selbstbewusstseins bei gleichzeitiger Einordnung in das gegebene religionspolitische Regime der VR China präsentierte die Chinesische Buddhistische Vereinigung (CBV) den ersten „Weltbuddhistenkongress“ (*shijie fo-jiao luntan*), den sie vom 13. bis 17. April in Hangzhou multimedial inszenierte. Mit ca. 1.000 buddhistischen Teilnehmern aus über 30 Ländern versuchte die CBV mehr als bisher, die weltweite Rolle des Buddhismus zu stärken. Als Initiator und Gastgeber mit der im Vergleich zu Japan, Korea, Vietnam etc. längsten buddhistischen Tradition innerhalb Ostasiens war man bestrebt, den chinesischen Buddhisten zu größerem inter-

nationalen Ansehen zu verhelfen. Innenpolitisch nutzte die CBV mit dieser Veranstaltung die Gelegenheit, die gesellschaftliche Rolle des Buddhismus zu stärken, entlehnte sie doch mit dem Motto „Eine harmonische Welt geht vom Geiste aus“ (*hexie shijie, cong xin kaishi*) einen zentralen Begriff des von Partei- und Staatschef Hu Jintao geprägten parteipolitischen Konzepts der „harmonischen Gesellschaft“ (*hexie shehui*) und stellte ihn in den buddhistischen Heilskontext. Wie die zahlreichen Redebeiträge auf diesem Kongress unschwer erkennen ließen, legten Chinas Buddhisten besonderen Wert darauf, ihre gesellschaftspolitische Bedeutung und Leistungsfähigkeit innerhalb der von der KPCh reglementierten Werteordnung unter Beweis zu stellen.

Auf einer subtilen Betrachtungsebene können die Buddhisten durchaus für sich in Anspruch nehmen, die eigene religiöse Tradition erfolgreich in das 21. Jahrhundert geführt zu haben. So ist es ihnen gelungen, die staatlich vorgegebenen Ziele von Harmonie, sozialem Ausgleich etc. in die buddhistische Heilslehre von Ursache und Wirkung einzubetten und als originäre buddhistische Anliegen darzustellen. Zugleich haben sie sich hiermit – mehr als Daoisten, Christen oder Muslime in China bisher in der Lage waren – einen nationalen und internationalen Auftrag erarbeitet, der langfristig zu einem größeren außerklösterlichen, gesellschaftlichen Aktionsradius berechtigen dürfte, als es bis jetzt der Fall ist.

Allerdings zahlen Chinas Buddhisten hierfür auch einen hohen Preis, der bei Anhängern und Beobachtern sowohl im In- als auch im Ausland Bedenken hervorruft. So

war dieser Kongress in ein von Vertretern des Staatlichen Amts für Religionsangelegenheiten und der Politischen Konsultativkonferenz dominiertes politisches Rahmenprogramm eingebettet, das erkennen lässt, in welcher Abhängigkeit die Buddhisten weiterhin stehen. Problematisch erschien, besonders aus westlicher Sicht, vor allem der Umgang mit tibetischen Buddhismus-Vertretern. So waren die prominentesten tibetischen Vertreter, der 14. Dalai Lama, der von ihm anerkannte und seit dem Jahr 1995 unter Arrest gehaltene 11. Panchen Lama (Gedhun Choeki Nyima) sowie der 1999 nach Indien geflüchtete 17. Karmapa nicht auf dem Kongress vertreten. Stattdessen wurde dieser Kongress genutzt, um dem von der chinesischen Regierung inthronisierten 11. Panchen Lama (Gyaicain Norbu) erstmals einen größeren Auftritt in der internationalen Öffentlichkeit zu ermöglichen.

Im Februar 2006 verlief unterdessen eine neuerliche Verhandlungsrunde zwischen Abgesandten des Dalai Lama und der chinesischen Regierung, der vierten Runde seit dem Jahr 2002, offenbar ohne greifbare Ergebnisse. Neben Differenzen in der Ausdeutung „echter“ Selbstverwaltung, wie sie der Dalai Lama für die in der VR China lebende tibetische Bevölkerung fordert, steht vor allem die ungelöste Frage nach der territorialen Abgrenzung Tibets im Raume. Während aus chinesischer Sicht, wenn überhaupt, nur der Status der Autonomen Region Tibet zur Verhandlung steht, bezieht der Dalai Lama, wie auch die vagen Berichterstattungen über die jüngste Verhandlungsrunde zeigen, nach wie vor tibetische Siedlungsgebiete in den chinesischen Provinzen Qinghai, Gansu, Si-

chuan und Yunnan in seine Forderungen mit ein (vgl. C.a., 4/2005, S. 23-30). Vor diesem Hintergrund erscheint es unwahrscheinlich, dass die bilateralen Gespräche in absehbarer Zeit konkrete Resultate erbringen könnten. (<http://news.fjnet.com>; www.wbf.net.cn; Xinhua, 12.4.06, nach BBC PF, 13.4.06; XNA, 13., 14., 15., 16.4.06; *Ming Pao*, 11.4.06, nach BBC PF, 13.4.06; SCMP, 11., 14.4., 27.5.06; WSJ, 10.3., 2., 13.4., 10.5.06; ST, 13., 14.4.06; NZZ, 18.4.06; FAZ, 13.4.06; zum Spannungsverhältnis zwischen buddhistischer Religion und Politik in der VR China vgl. auch den Beitrag von Carsten Krause in *China Heute*, 6/2005, S. 222-233) -hol-

Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

Entwurf des Aktionsplans zur Verbesserung der wissenschaftlichen Qualität

Ende März 2006 veröffentlichte die Nachrichtenagentur Xinhua den Text des „Entwurfs des Aktionsplans zur Verbesserung der wissenschaftlichen Qualität aller Menschen (2006-2010-2020)“. Dieser umfasst sechs Kapitel, in denen allgemein die politische Strategie und ihre Zielsetzung sowie einzelne Maßnahmen und Projekte vorgestellt werden. Weiterhin werden unterstützende Bedingungen und Vorstellungen zur Implementierung des Aktionsplans behandelt.

Der Aktionsplan ist im Zusammenhang mit dem „Staatlichen mittel- und langfristigen Entwicklungsprogramm für Wissenschaft und Technologie (2006-2020)“ zu sehen, das im Februar d.J. veröffentlicht wurde. Beide Pläne bzw. Programme sind als Wegbereiter für die Umsetzung der „Entwicklungsstrategie eigenständiger Innovation“ und auch des „Wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“ zu verstehen, die während der Plenartagung im Oktober 2005 als wichtige Leitbilder formuliert worden waren (vgl. C.a., 6/2005, S. 13-19, 1/2006, S. 115-116).

Auch für den jüngst vorgestellten Plan ist der Ausgangspunkt die besondere Bedeutung von Wissenschaft und Technologie für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der VR China. Mit dem Aktionsplan ist somit das Ziel verknüpft, das wissenschaftliche Entwicklungskonzept in der Gesellschaft dahingehend zu verankern, dass die Notwendigkeit von Umweltschutz, Ressourceneinsparung, Produktionssicherheit und „rationalem Konsum“ verinnerlicht werden. Der Terminus „wissenschaftliche Qualität“ wird in dem Dokument so definiert, dass die Bevölkerung das Erfordernis von wissenschaftlichem und technologischem Wissen verstehen, grundlegende wissenschaftliche Methoden beherrschen, den wissenschaftlichen Geist bewahren und schließlich die Fähigkeit besitzen müsse, um wissenschaftliche Ideen zur Lösung aktueller Probleme einbringen und im öffentlichen Diskurs teilhaben zu können. Die Verbesserung der wissenschaftlichen Qualität der Bevölkerung wird als Grundvoraussetzung dafür angesehen, wissenschaftliches und technologisches